

II- 3235 der Beilagen zu den ökonomischen Protokollen des Nationalrates  
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. Feb. 1974 No. 1608/J

**A n f r a g e**

der Abgeordneten Meller, Dr. Slix und Genossen  
 an den Herrn Bundesminister für Finanzen  
 betreffend Zahlungsfrist für Einfuhr-Umsatzsteuer

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Beschleunigung des Warenverkehrs über die Grenze haben es die Speditionsfirmen übernommen, die auf die eingeführten Waren entfallende Einfuhr-Umsatzsteuer und den Zoll zu entrichten und diese Aufwendungen dem Importeur in Rechnung zu stellen. Infolge der Einführung der Mehrwertsteuer ergab sich eine außerordentlich starke Steigerung der zu entrichtenden Abgaben, insbesondere deshalb, weil früher manche Warengruppen steuerfrei eingeführt werden konnten.

Es kommt hinzu, daß durch die Kreditrestriktion die Transportunternehmungen nicht mehr die Möglichkeit haben, Kredite in dem oft erforderlichen Umfang zu beschaffen.

Während die Speditionen den Vorsteuerabzug nicht geltend machen können, haben die Importeure diese Möglichkeit bereits zum unmittelbar folgenden Abrechnungszeitraum.

Nach den Bestimmungen des Zollgesetzes ist Zoll und Einfuhr-Umsatzsteuer innerhalb von 3 Wochen durch den Spediteur zu entrichten. Innerhalb dieser Frist ist es oft nicht möglich, die Rechnung zu erstellen, die erforderlichen Kontrollen durchzuführen und den Rechnungsbetrag durch den Importeur zur Anweisung zu bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

**A n f r a g e :**

- 1) Sind Ihnen die Schwierigkeiten der Speditionsfirmen infolge der Kostenerhöhung durch die Mehrwertsteuer und die zeitliche Belästigung mit 3 Wochen bekannt?
- 2) Welche Überlegungen haben Sie angestellt, um die durch die Mehrwertsteuer und die Kreditbeschränkung eingetretenen erhöhten Schwierigkeiten der nur für die Zahlung haltenden Spediteure auszugleichen bzw. zu erleichtern?
- 3) Denken Sie daran, zumindest die Zahlungsfrist von 3 Wochen für die Spediteure auf 4 Wochen zu verlängern, damit insbesondere die Kredit-schwierigkeiten und die dadurch bedingten Kostensteigerungen zu vermeiden sind?